

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
5 - 37118 - 2163/52

Bonn, den 22. September 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes betreffend das Protokoll vom 26. Juli 1952 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder nebst Begründung und Protokoll mit der Bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen.

Außerdem ist je ein Exemplar des Protokolls in englischer und französischer Sprache beigelegt

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat zu der Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes in seiner 91. Sitzung am 12. September 1952 wie folgt Stellung genommen:

„Der Bundesrat hat gegen den Gesetzentwurf als solchen keine Bedenken zu erheben. Seiner Auffassung nach gehört jedoch das Ergänzungsprotokoll zum Steuerabkommen und zum gesamten Vertragswerk des Deutschlandvertrags und des EVG-Vertrags. Die Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Juni 1952 zu diesem Vertragswerk gilt daher auch für diese Vorlage. Insbesondere bedarf der Gesetzentwurf der Zustimmung des Bundesrates.“

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Entwurf eines Gesetzes

betreffend das Protokoll vom 26. Juli 1952 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 26. Juli 1952 von der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten unterzeichneten Protokoll über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder wird zugestimmt.

Artikel II

Das Protokoll wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Der Tag, an dem es in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkundung in Kraft.

Begründung

Der Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten sieht ein Schiedsgericht vor für die Rechtsprechung in Streitigkeiten, die aus diesem Vertrag, aus der Satzung des Schiedsgerichts oder aus den „Zusatzverträgen“ entstehen. Während die „Zusatzverträge“ durch Definition den Vertrag über die Rechte und Pflichten der ausländischen Streitkräfte (Truppenvertrag) einschließen, ist dies mit dem Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder nicht der Fall. Die Bestimmungen des Steuerabkommens bildeten im Entwurf des gesam-

ten Vertragswerkes zunächst einen Teil des Truppenvertrages. Als diese dann zu einem besonderen Abkommen zusammengefaßt wurden, übersah man, daß eine besondere Klausel erforderlich war, und die Bestimmungen dieses Steuerabkommens der Rechtsprechung des Schiedsgerichts zu unterwerfen.

Das Protokoll vom 26. Juli 1952 beseitigt diese Lücke. Es gibt dem Schiedsgericht hinsichtlich des Steuerabkommens die Zuständigkeit der Rechtsprechung in derselben Weise, als wenn dieses Abkommen formal zu den Zusatzverträgen gehören würde.

PROTOKOLL

über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten
aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuer-
liche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

Die Regierung der BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND einerseits und die Regie-
rungen der VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA, des VEREINIGTEN KÖ-
NIGREICHS VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND und der FRANZO-
SISCHEN REPUBLIK andererseits sind wie
folgt übereingekommen:

Artikel 1

Das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeich-
nete Abkommen zwischen der Bundesrepu-
blik Deutschland einerseits und den Vereinig-
ten Staaten von Amerika, dem Vereinigten
Königreich von Großbritannien und Nord-
irland und der Französischen Republik an-
dererseits über die steuerliche Behandlung der
Streitkräfte und ihrer Mitglieder wird hier-
mit durch die Einfügung des folgenden neuen
Artikels 5 ergänzt; der mit „Schlußbestim-
mungen“ bezeichnete Artikel 5 wird damit
Artikel 6:

(deutscher Text)

„Artikel 5 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Alle Streitigkeiten, die
sich zwischen der Bundes-
republik und den Drei
Mächten aus den Bestim-
mungen dieses Abkommens
ergeben und welche die Par-
teien nicht durch Verhand-
lungen beizulegen vermö-
gen, unterliegen der Zustän-
digkeit des Schiedsgerichts,
das durch Artikel 9 des in
Bonn am 26. Mai 1952 un-
terzeichneten Vertrages über
die Beziehungen zwischen
der Bundesrepublik Deutsch-
land und den Drei Mächten
errichtet wird, in der glei-
chen Weise und mit der
gleichen Wirkung, als ob
dieses Abkommen in Absatz
(1) des Artikels 8 dieses
Vertrages als Zusatzvertrag
aufgeführt wäre.“

(englischer Text)

„Article 5 Jurisdiction of Arbitration Tribunal

All disputes arising be-
tween the Three Powers and
the Federal Republic under
the provisions of the pres-
ent Agreement, which the
parties are not able to settle
by negotiation, shall be sub-
ject to the jurisdiction of
the Arbitration Tribunal
established by Article 9 of
the Convention on Rela-
tions between the Three
Powers and the Federal Re-
public of Germany signed
at Bonn on 26 May 1952,
in the same manner and
with the same effect as
though the present Agree-
ment were listed in para-
graph 1 of Article 8 of that
Convention as a related
Convention.“

(französischer Text)

«Article 5 «Compétence du Tribunal d'Arbitrage

«Tous les litiges entre les
Trois Puissances et la Ré-
publique Fédérale résultant
de l'application des disposi-
tions du présent Accord, que
les parties ne parviennent
pas à régler par des négocia-
tions, relèvent de la com-
pétence du Tribunal d'Ar-
bitrage institué par l'Ar-
ticle 9 de la Convention sur
les Relations entre les Trois
Puissances et la République
Fédérale d'Allemagne, signée
à Bonn le 26 Mai 1952, dans
les mêmes conditions et avec
les mêmes effets qui si cet
Accord était énuméré au
paragraphe 1 de l'Article 8
de cette Convention en tant
que Convention rattachée.»

Artikel 2

Der neue Artikel 5 des vorgenannten Abkommens, der in Artikel 1 dieses Protokolls festgelegt ist, gilt als in das Abkommen im Zeitpunkt seiner Unterzeichnung aufgenommen.

Artikel 3

Dieses Protokoll wird zusammen mit dem vorgenannten Abkommen in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jeder unterzeichnenden Regierung beglaubigte Ausfertigungen übermitteln.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten gehörig beglaubigten Vertreter dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Bonn, am sechszwanzigsten Tage des Monats Juli 1952 in deutscher,

englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Walter Hallstein

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

Samuel Reber

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland:

Ivonne Kirkpatrick

Für die Regierung der Französischen Republik:

Armand Bérard

PROTOCOL

conferring upon the Arbitration Tribunal jurisdiction over disputes arising under the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and Their Members signed at Bonn on 26 May 1952

The Governments of the UNITED STATES OF AMERICA, the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND and the FRENCH REPUBLIC, of the one part, and of the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, of the other part, agree as follows:

Article 1

The Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic, of the one part, and the Federal Republic of Germany, of the other part, signed at Bonn on 26 May 1952 is hereby amended by the insertion of the following new Article 5, the Article entitled "Final Provisions" becoming Article 6:

(English Text)

“Article 5

**Jurisdiction of Arbitration
Tribunal**

All disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Agreement, which the parties are not able to settle by negotiation, shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal established by Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany signed at Bonn on 26 May 1952, in the same manner and with the same effect as though the present Agreement were listed in paragraph 1 of Article 8 of that Convention as a related Convention.”

(French Text)

«Article 5

**«Compétence du
Tribunal d'Arbitrage**

«Tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions du présent Accord, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations, relèvent de la compétence du Tribunal d'Arbitrage institué par l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, signée à Bonn le 26 Mai 1952, dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets que si cet Accord était énuméré au paragraphe 1 de l'Article 8 de cette Convention en tant que Convention rattachée.»

(German Text)

„Artikel 5

**Zuständigkeit des
Schiedsgerichts**

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, unterliegen der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, das durch Artikel 9 des in Bonn am 26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtet wird, in der gleichen Weise und mit der gleichen Wirkung, als ob dieses Abkommen in Absatz (1) des Artikels 8 dieses Vertrages als Zusatzvertrag aufgeführt wäre.“

Article 2

The new Article 5 of the aforementioned Agreement, set out in Article 1 of the present Protocol, shall be deemed to have been included in that Agreement at the time of its signature.

Done at Bonn this twenty-sixth day of July 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the Government of the United States of America:

Article 3

The present Protocol shall be deposited with the aforementioned Agreement in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory Government with certified copies thereof.

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

For the Government of the French Republic:

IN FAITH WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Protocol.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

PROTOCOLE

donnant compétence au Tribunal d'Arbitrage en ce qui concerne les litiges résultant de l'application de «l'Accord relatif au régime fiscal applicable aux forces et aux membres des forces», signé à Bonn le 26 Mai 1952

Les Gouvernements de la RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, des ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE et du ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD d'une part, et le Gouvernement de la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE d'autre part, sont convenus de ce qui suit :

Article 1

L'Accord relatif au Régime fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces, conclu entre la République Française, les États-Unis d'Amérique et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord d'une part, et la République Fédérale d'Allemagne d'autre part, et signé à BONN le 26 Mai 1952, est amendé par l'insertion du nouvel Article 5 suivant, l'Article intitulé «Dispositions finales» devenant Article 6 :

Article 2

Le nouvel Article 5 de l'Accord sus-mentionné, figurant à l'Article 1 du présent Protocole, sera considéré comme ayant été inclus dans cet Accord au moment de sa signature.

Article 3

Le présent Protocole sera déposé avec l'Accord sus-mentionné dans les Archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements signataires.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de Juillet 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République Française

signé : Armand BÉRARD

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique

signé : S. REBER

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

signé : Yvonne KIRKPATRICK

Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne

signé : W. HALLSTEIN

(texte français)

“Article 5

«Compétence du
Tribunal d'Arbitrage

«Tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions du présent Accord, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations, relèvent de la compétence du Tribunal d'Arbitrage institué par l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, signée à Bonn le 26 Mai 1952, dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets qui si cet Accord était énuméré au paragraphe 1 de l'Article 8 de cette Convention en tant que Convention rattachée.»

(texte anglais)

“Article 5

Jurisdiction of Arbitration
Tribunal

All disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Agreement, which the parties are not able to settle by negotiation, shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal established by Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany signed at Bonn on 26 May 1952, in the same manner and with the same effect as though the present Agreement were listed in paragraph 1 of Article 8 of that Convention as a related Convention.“

(texte allemand)

„Artikel 5

Zuständigkeit des
Schiedsgerichts

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, unterliegen der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, das durch Artikel 9 des in Bonn am 26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtet wird, in der gleichen Weise und mit der gleichen Wirkung, als ob dieses Abkommen in Absatz (1) des Artikels 8 dieses Vertrages als Zusatzvertrag aufgeführt wäre.“